

1392

1392

In der Europafrage sind Linke, Grüne und Feministinnen gespalten. Die eine Seite lehnt den EWR-Vertrag ab, unter anderem weil er für sie ein unakzeptables Wachstumsprojekt ist. Die andere Seite hat sich, Risiken und Chancen abwägend, für ein «kritisches Ja» entschieden. Der Abstimmungskampf hat tiefe Gräben in der links-grün-feministischen Opposition aufgerissen. Wie soll es nach dem 6. Dezember weitergehen, werden sich die heutigen KontrahentInnen in sachpolitischen Fragen rasch wieder finden? – Die WoZ hat eine ausgewogene Diskussionsrunde zusammengestellt: zwei BefürworterInnen, zwei GegnerInnen, zwei Frauen, zwei Männer.

Das Gespräch führten Oskar Scheiben und Lotta Suter; Fotos: Silvia Luckner

WoZ: Trotz einer Fülle verfügbarer Informationen und trotz eines heftig geführten Abstimmungskampfes gibt es nach wie vor viele Unentschiedene. Mit welchem allerletzten Argument würdet ihr versuchen, diese für eure Parole zu gewinnen?

Ruedi Meier: Mit dem EWR wird versucht, unsere Beschäftigungsprobleme mit einem nochmaligen Wachstumssprung zu lösen. Dieser Wachstumssprung auf der einen Seite, eine komplett ungenügende ökologische und soziale Absicherung auf der anderen Seite machen aus dem EWR letztlich ein Projekt, das in die falsche Richtung geht. Dieselbe Situation im Bereich der Demokratie: Man versucht, ein Demokratiedefizit, das durch die Internationalisierung der Wirtschaft entstanden ist, durch Auflösung der nationalstaatlichen Grenzen zu reduzieren, und schränkt dann die demokratischen Rechte hier in der Schweiz und insgesamt ein ...

... das sind jetzt bereits zwei Argumente.

Susanne Leutenegger Oberholzer: Ich würde die Leute auffordern, ja zu stimmen, weil ich gegen Fremdenfeindlichkeit bin und denke, dass die Schweiz sich nicht gegen aussen abheben

EWR-Streitgespräch: Die Gründe für

**Welch
Welch**

neuen Projekt, von dem ich überhaupt nicht überzeugt bin. Gewiss, auch vom Status quo bin ich nicht überzeugt.

Andrea Hämmerle: Mein letztes Argument wäre: Ich sage ja zu einer offenen Schweiz und nein zu einer Schweiz im Alleingang, weil im Moment der EWR für uns das einzige reale Integrationsprojekt ist. Da kann ein Ja zu einer Schweiz, die offen ist für die europäische Integration, nur ein Ja zum EWR sein. Üblicherweise ist das Schema genau so, wie Mascha es beschrieben hat: Ein Nein heisst, wir weisen das Projekt zurück, es bleibt alles beim alten, ein Ja heisst ein Ja zu einem neuen Projekt, ein Ja zu einer Änderung. Diesmal ist es aber mit Sicherheit nicht so. Denn sowohl bei einem Nein wie



darf. Wir haben von zwei Rahmenbedingungen auszugehen: Die Schweiz und die EG sind kapi-

Die TeilnehmerInnen

Andrea Hämmerle, Biobauer, Bündner SP-Nationalrat

Susanne Leutenegger Oberholzer, designierte Zentralsekretärin Gewerkschaft Bau und Industrie, Komitee «Kritisch für den EWR»

Mascha Madörin, Ökonomin, Frauenrat für Aussenpolitik

Ruedi Meier, Grünes Bündnis Luzern, Co-Präsident VPOD Luzern

talistisch, die schweizerische Spielart des Kapitalismus ist noch etwas bösartiger als die der EG. Zweitens: Der Binnenmarkt und damit das ganze Wachstumsprojekt kommen so oder so. Wenn wir diesen Prozess halbwegs regulieren wollen, müssen wir das auf der gleichen Ebene tun, auf der der Deregulierungsprozess stattfindet. Die Wirtschaft ist längst transnational organisiert, entsprechend müssen wir die Kontrolle transnational einführen. Dass es viele Probleme gibt, vor allem im Ökologiebereich, ist unbestritten. Auch die ökologischen Probleme haben aber längst die Grenzen des Nationalstaats überschritten, auch hier müssen wir die Möglichkeit haben – wenn wir der Politik überhaupt noch Priorität geben wollen –, im gleichen Rahmen zu re-regulieren. Hinzu kommt, dass der EWR mit seiner Integrationslogik auch einen friedenspolitischen Aspekt hat, er wird zu einer weiteren Vernetzung der Gesellschaften führen. Je stärker Gesellschaften vernetzt sind, um so eher können Konflikte im Frieden gelöst werden.

Auch das ist jetzt bereits ein ganzer Argumentationskatalog.

Mascha Madörin: Ein Nein heisst, was ein Nein in einer Abstimmung immer bedeutet: Zurückweisen eines Geschäfts an die Regierung mit der Bemerkung «Entschuldigung, so nicht!». Ein Ja bedeutet demgegenüber ein Ja zu einem Paradigmenwechsel in der Schweiz, ein Ja zu einem

ber einem Ja wird sich in der Schweiz vieles ändern. Wenn wir nein sagen, wird sich mehr ändern, und zwar mehr in die falsche Richtung, als wenn wir ja sagen.

Leutenegger Oberholzer: Mit einem Nein kommt ihr linken EWR-GegnerInnen in ein merkwürdiges Bündnis. Vom politischen Kräfteverhältnis her ist es klar, dass das Nein in der Mehrheit ein rechtes Nein sein wird, angeführt von der rechten SVP, der Autopartei und den Schweizer DemokratInnen. Es ist ein Bündnis, das ihr nicht gewollt habt, in dem ihr euch aber faktisch befindet und dem ihr euch nicht entziehen könnt. Und deswegen habe ich auch Angst vor einem

Nein, es wird ein rechtspopulistisches Nein sein, mit allen politischen Konsequenzen: Abschottung der Schweiz, Deregulierung im Alleingang.

Mascha, ihr vom Frauenrat für Aussenpolitik habt in eurer Stellungnahme geschrieben, dass ihr gegen den EWR seid, weil er «ein Männerprojekt», «ein patriarchales Herrschaftsprojekt» ist. Gilt dasselbe nicht auch für den Nationalstaat Schweiz? Müsstet eure Parole nicht konsequenterweise heissen: Nein zum EWR, aber auch nein zum sich isolierenden Nationalstaat Schweiz? Aus solchen Überlegungen haben sich beispielsweise die flämischen AnarchistInnen beim Vertrag von Maastricht der Stimme enthalten.

Madörin (zu den BefürworterInnen): Ich halte eure Analyse, auch auf Grund der Faschismusdebatte, für falsch. Meiner Meinung nach treibt eure Politik die Leute in die Arme von Blocher. Zu deiner Frage: Im Frauenrat waren wir zunächst gegen eine Ja- oder Nein-Stellungnahme.



Al
ve
zu
un

De
lic
de
B
o
M
H
u
K

DOSSIER EWR-DISKUSSION 25

...ein Ja, die Gründe für ein Nein, die Risiken und die Chancen

ies Europa? ie Schweiz?





Illustration: Jürg Steiner

Als wir aber sahen, wie der EWR als Perspektive und als Alternative verkauft wurde, sind wir zum Schluss gekommen: Nein, diese Illusion unterstützen wir nicht, wir sagen klar nein.

Was für ein Nein, was für ein Ja?

Das Nein zum EWR ist zweifellos ein mehrheitlich rechtes Nein. Anders als im Frühjahr bei der IWF-Abstimmung findet sich im offiziellen Bundesbüchlein praktisch kein einziges linkes oder feministisches Nein-Argument.

Madörin: Wenn die Hälfte oder ungefähr die Hälfte der Abstimmenden nein zum EWR sagen und es weder ein Frauen- noch ein gemischtes Komitee gäbe, welches die diffusen oder auch

die sehr präzisen Gründe dieser vielen gegen den EWR vertreten würde, dann wäre das eine politische Katastrophe. In diesem Fall gibt es nicht eine «objektive» Richtigkeit der Parole. Wir vom Frauenrat orientieren uns weltweit an Frauenorganisationen, und da ist es ein Faktum, dass sowohl in Frankreich wie in Dänemark als auch bei der schwedischen Sozialdemokratie Frauen überproportional skeptisch gegenüber der EG eingestellt sind. Ich habe Angst davor, dass so viele Leute nur noch den Diskurs eines Blocher zur Verfügung haben, um gegen den EWR zu argumentieren. Wenn die SP schlau gewesen wäre, hätte sie zwei Komitees gegründet, eines dafür, eines dagegen.

Meier: Es macht mir Mühe, dass angesichts eines sich abzeichnenden Nein bereits jetzt begonnen wird, die Verantwortung einander zuzuschieben. Die Sache «verblocherisiert» haben sicher nicht die feministischen und grünen

Fortsetzung auf Seite 26

Welches Europa? ...

Fortsetzung von Seite 25

Kreise. Sie sind vielmehr gar nicht zu Wort gekommen. Lange Zeit konnte man in der Presse kein einziges ökologisches oder feministisches Argument gegen das Projekt EG/EWR lesen.

Für die WoZ stimmt das sicher nicht.

Meier: Das ist richtig. Aber in der übrigen Zürcher und beispielsweise in der Innerschweizer Presse konnte man über das grün-violette Nein nur wenig lesen. Die Gewerkschaftsbasis, soweit ich sie kenne, hat ökologische und auch demokratische Bedenken gegen den EWR, sie applaudiert keineswegs bei den nationalistischen Argumenten. Als Gewerkschafter habe ich mich fürchterlich darüber aufgeregt, dass die Gewerkschaftsbosse und auch die Sozialdemokratie die Frage so auf Blocher zugespitzt haben. Und diese Taktik scheint nun offensichtlich nicht aufzugehen.

Andrea, du bist als SP-Nationalrat direkt angesprochen.

Hämmerle: Eure These würde dann Sinn machen, wenn das Ja der SP ein taktisches Ja wäre. Davon kann nun wirklich nicht die Rede sein. Soweit ich mich erinnern kann, ist in der SP kein Abstimmungsthema derart gründlich und sogar an zwei Parteitagen diskutiert worden. Und dort sind nicht bloss die Funktionäre, sondern die Genossen und Genossinnen aus den Sektionen versammelt. Beide Male wurde überdeutlich, dass die von dir angedeuteten Nein-Argumente einfach nicht ankamen, die Mehrheitsverhältnisse waren klar und eindeutig. Ausserdem: Es ist absurd, von uns, die wir diesen Integrations-schritt befürworten, die wir für das Ja sind, zu verlangen, wir hätten euch Argumente für das Nein liefern und gar noch ein Nein-Komitee gründen sollen. Mein Eindruck ist, dass die Nein-Argumente aus linker und feministischer Sicht einfach zu knapp sind. Und weil sie zu knapp sind, kommen sie nicht an. Das war so im Parlament, obwohl sie dort breit dargestellt wurden, genauso ist es jetzt auf den Podien.

Vorher ist gesagt worden, dass das Nein ein mehrheitlich rechtes Nein ist. Ist es umgekehrt so, dass das Ja mehrheitlich ein sozialdemokratisches Ja sein wird?

Leutenegger Oberholzer: Es ist ein soziales Ja. Es ist klar, wir sind ein kapitalistisches Land in

skeptisch und sagen ja. Auch die Ängste in bezug auf die Deregulierung sind weit verbreitet. Diese Übereinstimmungen sollten nicht Opfer eines Streits werden, der nur den Rechtspopulisten nützt.

Beim kritischen Ja werden konkrete flankierende Massnahmen gefordert, aus der Einsicht, dass bei einem EWR-Beitritt Gefahren drohen. Bräuchte es nicht analog Forderungen für die Ausgestaltung des Alleingangs?

Meier: Dass es solche Massnahmen braucht, ist völlig selbstverständlich.

Aber diese Gefahren bei einem Nein und wie ihnen begegnet werden könnte, das müsste doch konkret formuliert werden. Die Herren Frey und Schildknecht sagen, ihr Vorbild für den Alleingang der Schweiz seien die südostasiatischen Länder. Blocher führt bei seinen Ems-Werken bereits praktisch vor, wie eine Südkoreanisierung der Schweizer Wirtschaft aussehen könnte. Sie erklären, dass die Schweizer Wirtschaft, wenn sie nur genügend radikal dereguliert wird, trotz Handelshemmnissen konkurrenzfähig sein könnte.

Leutenegger Oberholzer (zu den EWR-GegnerInnen): Seht ihr die Gefahren eines Alleingangs der Schweiz denn nicht? Es gäbe doch einen Deregulierungsprozess, einen autonomen Nachvollzug von EG-Recht, der Finanzplatz würde noch mehr zu einem Off-shore-Finanzplatz für internationale Umgehungsgeschäfte. Mascha, glaubst du tatsächlich, dass das Nein etwas Visionäres hat, dass die frauenpolitischen Ziele dann besser zu verwirklichen wären?

Kritik der EG, Kritik der Schweiz

Madörin: Meine Analyse ist einfach eine andere. Das Binnenmarktprojekt wurde im Zuge der Reaganomics erfunden, es ist ein Projekt aus den achtziger Jahren; schon deshalb halte ich es für ein überholtes Projekt. Zweitens: Wir müssen dringend eine Debatte führen über das Verhältnis von Politik und Ökonomie. Was sich heute anbahnt, ist das Ende des bürgerlichen Projekts, also von Kapitalismus und Demokratie. Die Frage der Transnationalisierung der Wirtschaft und der Politik ist bisher nicht diskutiert worden.

einem kapitalistischen Umfeld. Ich kann wählen zwischen einem Bündnis mit dem Binnenkartell und dem Rechtspopulismus und einem Bündnis mit den fortschrittlichen Fraktionen des Kapitals. Und dann habe ich noch eine dritte Wahlmöglichkeit: die völlige Erneuerung, gewissermassen eine Revolutionsstrategie, die aber auf Grund des politischen Kräfteverhältnisses heute gar nicht zur Debatte stehen kann. Heute muss ich mich konkret entscheiden zwischen einer Schweiz im Alleingang und einer Integrationsperspektive. Ich wähle die Integrationsperspektive, weil sie für eine fortschrittliche Politik, auch für eine ökologische und soziale, grössere Spielräume rettet. Mascha, ich möchte gerne noch deine Begründung hören, wieso wir die Leute in die Arme von Blocher treiben. Das Gegenteil ist der Fall. Aber dies ist genau die Politik der bürgerlichen Parteien. Schauen wir doch einmal die Schweiz an, beispielsweise die Wirtschaftspolitik: Wir befinden uns in diesem Land auch ohne EWR in einem ganz starken Deregulierungsprozess, ein Sozialabbau ist im Gang, wir haben weit über 100 000 Arbeitslose, eine halbe Million Menschen lebt um und unter der Armutsgrenze. Das ist der Fundus für den Rechtspopulismus, damit wird Politik gemacht.

Madörin: Es gibt eine lange Nachfaschismusdebatte in der Linken. Eines der Ergebnisse ist, dass keine Politik gemacht werden kann, ohne diese diffusen und auch sehr konkreten Ängste ernst zu nehmen ...

Leutenegger Oberholzer: ... Wir nehmen die doch ernst und artikulieren sie auch sehr konkret, z. B. mit der Forderung nach flankierenden Massnahmen zum EWR.

Madörin: Das bezweifle ich ernsthaft. Ich komme aus einem Clan vom Land, wo es von Linksradikalen, Feministinnen, SP-lerinnen bis zu Rechtsradikalen alles gibt, und viele stimmen nein.

In der Analyse sind sich BefürworterInnen und GegnerInnen in vielem einig. Gibt es auch Argumente der Gegenseite, die euch zu überzeugen vermögen?

Meier: In bestimmten Bereichen und teilweise auch hinsichtlich grundsätzlicher Einschätzungen gibt es viele Übereinstimmungen. Darum finde ich die Zuspitzung der Kampagne auf den Rechtspopulismus falsch. Es gibt Leute, die sehr skeptisch sind und nein sagen, und andere sind

Drittens stellt sich die Frage von Demokratie und Deregulierung. Meiner Meinung nach bedeutet die heute betriebene «Deregulierung» Regulierung hinter verschlossenen Türen. Es findet eine Verschiebung der Regulierung vom öffentlichen, staatlichen in den nicht-öffentlichen



Raum statt. Die EG wäre auch unter diesem Aspekt zu betrachten.

Hämmerle: Spätestens an diesem Punkt muss man die Schweiz mit in die Analyse einbeziehen. Wenn ich euch so höre, bekomme ich den Eindruck, als sei die Demokratie in der Schweiz das Gelbe vom Ei ...

Madörin: Entschuldigung, das habe ich nie gesagt.

Hämmerle: Wie sieht denn die schweizerische Demokratie aus? Beispielsweise musste 1989 das Frauenstimmrecht in Appenzell via fremde Richter aus Lausanne eingeführt werden. In der Schweiz haben Ausländer und Ausländerinnen nicht den Hauch einer Chance, demokratische Rechte wahrzunehmen. In den Betrieben herrscht überhaupt keine Demokratie. Du hast vorher gesagt, die EG sei nicht weltoffen. Das bestreite ich gar nicht, aber ist denn die Schweiz weltoffen oder solidarisch? Wenn wir die EG kritisch analysieren, müssen wir zuerst die Schweiz kritisch analysieren. Dann werden wir unter fast allen Gesichtspunkten feststellen, dass es hier nicht besser aussieht und dass vor allem die Perspektiven nach einem Nein nicht besser, sondern bedeutend schlechter werden.

Leutenegger Oberholzer: Es ist niemand hier



Unsere Bewegung ist allein, ob wir dem EWR angeschlossen sind oder nicht. Nur machen wir mit dem Beitritt bestimmte Schritte in die falsche Richtung.

Ruedi Meier

am Tisch, der den EWR und das Binnenmarktprojekt beschönigt. Der Kapitalismus war noch nie ein taugliches Regulierungsinstrument, auch wenn er sich heute – vorerst zumindest – durchgesetzt hat. Hier und heute stellt sich doch die Frage, unter welchen Rahmenbedingungen wir Politik machen. Bislang existiert leider noch kein Konzept für einen sozialen oder demokratischen Umbau unserer Gesellschaft, das mehrheitsfähig wäre oder worüber breit vernetzt diskutiert worden wäre – weder in der Schweiz noch in der EG. Das ist eines der grossen Defizite der letzten Jahre. In dieser Analyse bin ich mit dir, Mascha, vollständig einig. Was ich nicht teile, ist die Einschätzung, wo die Bedingungen für eine politische Diskussion besser sind. Ich denke, wir müssen den Diskurs im europäischen Rahmen führen, nicht nur hier in der Schweiz. Die politischen Voraussetzungen für Veränderung sind – wenn sie überhaupt irgendwo bestehen – aus historischen Gründen in Europa noch am besten. Besser als in Japan und in den USA.

Meier: Was die politischen Perspektiven angeht, so bin ich bei der EG ebenso skeptisch wie in bezug auf die Schweiz. Beispielsweise driftet die deutsche CDU, die in der EG eine wichtige Rolle spielt, nach rechts ab, in Frankreich zerbricht die Sozialdemokratie, und in Grossbritannien kommt Labour nicht vom Fleck. Wenn die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Position schwächer wird und gleichzeitig die rassistischen und populistischen Kräfte Auftrieb erhalten, dann sieht das EG-Europa bald auch so aus wie die Schweiz heute. Von daher ist für mich dieses EWR-Europa keine Perspektive.

Leutenegger Oberholzer: ... Ich sage dir, wenn das EWR-Nein durchkommt, dann wird das Gleichstellungsgesetz weiter schubladiert. Die Mutterschaftsversicherung wird zu 99 Prozent Bestandteil des Acquis communautaire werden, es müsste schon ein EFTA-Staat das Veto einlegen. Die gleichen Krankenkassenprämien sind auch eine Tatsache.

Das schweizerische Gleichstellungsgesetz ist im Entwurf besser als die heutige EG-Gesetzgebung.

Leutenegger Oberholzer: Es hindert uns ja niemand daran, den Entwurf besser zu machen, wir dürfen ihn nur nicht schlechter machen, als von der EG-Richtlinie vorgegeben. (Zur Gegenseite) Was gibt denn der Alleingang den Frauen für eine Perspektive, das möchte ich wissen.

Madörin: Was ist eine Perspektive? Ist ein Wirtschaftsprjekt, das von der klassischen männerdominierten Arbeitsgesellschaft ausgeht, eine Perspektive? In der heutigen, äusserst krisenhaften Zeit, wo es um ganz radikale Umweltfragen geht, um Geschlechterdemokratie, stellen sich andere Fragen, die niemals im Rahmen des bisherigen Konzepts der Arbeitsgesellschaft gelöst werden können. Zugegeben, es gibt eine Schicht von Frauen, die von dieser Gesetzgebung allenfalls profitieren könnten. Sie bringt aber sehr wenig, wie auch Claudia Kaufmann, die in dieser Frage wahrscheinlich kompetenteste Fachfrau, sagt. Das ist mir nicht genug Vision. Wenn ich sehe, was der EWR im Nahrungsmittelbereich, im Gentechnologiebereich, in vielen anderen Bereichen, die den Alltag der Frauen betref-

Die Feministinnen oder die Grünen sagen ja nicht, die Schweiz sei superdemokratisch und was Besseres gebe es nicht. Sie sagen, der EWR biete in wichtigen Punkten – zum Beispiel in der Frauenfrage – keine Verbesserung.



Das Nein wird ein rechtspopulistisches Nein sein, mit allen politischen Konsequenzen: Abschottung der Schweiz, Deregulierung im Alleingang.

Susanne Leutenegger Oberholzer

Leutenegger Oberholzer: Von seiten der EWR-kritischen Frauen wird gesagt, der Binnenmarkt sei ein Deregulierungs- und Wachstumsprojekt, das zu Lasten der Frauen gehen wird. Ich teile diese Analyse, aber das ist nur die eine Seite. Es wird weiter kritisiert, die EG sei ein patriarchales Projekt; das ist die Schweiz aber ebenso. Meine Frage: Wo seht ihr in der Schweiz einen Ansatzpunkt für feministische Politik? In einem Land, das in der Gleichstellungsfrage nun wirklich hinter allen andern Ländern nachhinkt, in einem Land, das die grössten Gleichstellungsdefizite aufweist. Der EWR und der Binnenmarkt sind nicht ein positives Projekt für Frauen, es gibt im Gegenteil viele ökonomische Fallen. Trotzdem bin ich überzeugt, dass wir für die Frauen zu guter Letzt Fortschritte herausholen können, allerdings nur, wenn wir mit flankierenden Politiken arbeiten. Ein Gleichstellungsgesetz bringen wir in der Schweiz ohne EWR nicht durch. Die Mutterschaftsversicherung kommt jetzt dank dem EWR. Das sind konkrete, kleine Fortschritte.

Das schweizerische Gleichstellungsgesetz wird Anfang 1993 auf jeden Fall diskutiert, bewusst ausserhalb des Eurolex-Verfahrens ...

ten, bringt, wenn ich sehe, was dieses Maastricht-Projekt an Sozialabbau bringen wird, dann kann ich nicht ernsthaft von Verbesserungen sprechen.

Die Frage, wie eure Visionen des Alleingangs aussehen, ist damit noch nicht beantwortet.

Madörin: Von ihrer ökonomischen Sonderstellung begründet, gibt es in der Schweiz eine starke Tendenz zum Konservatismus. Meiner Meinung nach wäre die Schweiz ohne die direkt-demokratischen Traditionen noch viel konservativer.

Leutenegger Oberholzer: Konservativer kann die Schweiz bald nicht mehr werden. Ich will keine Abstriche an der direkten Demokratie, aber sie hat auch Bremswirkungen: Das Frauenstimmrecht wurde von den Männern an der Urne mehrfach gebodigt und erst 1971 eingeführt.

Hämmerle: Die entscheidende Frage ist doch: Sind die Handlungsspielräume für eine linke, grüne, feministische Politik grösser bei einem Ja, oder sind sie grösser bei einem Nein? Für mich gibt es überhaupt keinen Zweifel, dass der Handlungsspielraum bei einem Ja am 6. Dezember bedeutend grösser ist. Du bist uns bisher die Antwort schuldig geblieben, wie die Handlungsspielräume bei einem Nein, das unbestrittenermassen von den Rechtspopulisten definiert ist, aussehen werden.

Meier: Der Handlungsspielraum in der EG hat sich auch eingeschränkt. Die Produktion von fortschrittlichen Richtlinien ist zurückgegangen, mit der Umsetzung in den einzelnen Staaten hapert es sehr. Der Handlungsspielraum ist genau so gross, und das sage ich als Basispolitiker, wie wir ihn erkämpfen, und zwar überall. Von daher stimmt auch der Begriff Alleingang so nicht. Unsere Bewegung ist allein, ob wir dem EWR angeschlossen sind oder nicht. Nur machen wir mit dem Beitritt bestimmte Schritte in die falsche Richtung. Zudem ist für mich die Gleichung EWR/EG = Europa west-eurozentristisch, wir könnten ja auch mit anderen zusammengehen.

Hämmerle: Das ist genau die Frage: Öffnet denn ein Nein irgendeine Türe zur Dritten Welt, bringt es mehr Solidarität?

Madörin: Als Bewegungspolitikerin, die vor allem in autonomen Frauengruppen arbeitet, kann ich doch nicht die Position vertreten: Objektiv ist es notwendig, dem EWR beizutreten, aber es ist beschissen. So etwas werde ich politisch nie tun. Was ich am meisten fürchte, ist eine Demobili-

sierung der Menschen. Der EWR hat eine ganze Liste von Nachteilen, und dann soll ich sagen: Ich stimme ihm zu. Das ist doch absurd.

Wie Politik machen?

Leutenegger Oberholzer: Im Frauenbereich wird uns nichts geschenkt, weder in der Schweiz noch in Europa. Die Schweiz ist nicht in einem einzigen Bereich fortschrittlicher als die EG. Das Saisonierstatut beispielsweise ist doch eine der frauen- und kinderfeindlichsten Regelungen überhaupt. Mit dem EWR machen wir nun immerhin einen Schritt in Richtung Aufhebung.

Madörin: Die Bundesrepublik hat auch eine Art Saisonierstatut, und in fünf Jahren, nach der Übergangsfrist, werden einfach Saisoniers aus Nicht-EWR-Ländern kommen, da bin ich sicher.

Was mich bei den GegnerInnen irritiert: Ihr seht für den Integrationsfall offenbar nicht eine einzige positive Perspektive. Würde ein Mitmachen der Schweiz nicht dazu führen, dass die Zusammenarbeit mit verwandten Bewegungen und Organisationen in Europa nur schon deshalb verstärkt würde, weil es dann um die gleichen Problemstellungen, um dieselben gesetzlichen Regelungen ginge, darum, gemeinsam Druck in Brüssel zu machen? Würde das nicht unseren Horizont erweitern?

Madörin: Ich sehe nicht ein, warum wir dazu die EG brauchen. Es gibt schon längst internationale Netze. Lobbying in Brüssel ist für alle oppositionellen Bewegungen inklusive die KonsumentInnenvereinigungen ein unglaublich schlechtes Geschäft. Die Kommission, die für KonsumentInnenorganisationen eingerichtet wurde, hat beispielsweise seit fünf Jahren nicht mehr getagt. Es gibt in Wirtschaftsfragen ein Übergewicht von 3000 Lobbyisten aus der Wirtschaft und wenigen Dutzend aus BürgerInnenorganisationen.

Leutenegger Oberholzer: Das ist doch in der Schweiz nicht anders.

Die Gewerkschaften sehen für ihre Einflussmöglichkeiten nicht so schwarz. Einige sagen, sie würden lieber in Brüssel verhandeln als in Bern.

Madörin: Ich verstehe, dass die Schweizer Gewerkschaften und die SP das so sehen. Sie haben

se Frage dort debattiert. Wir waren sehr überrascht, dass viele eine ähnliche Einschätzung haben. Die Situation der SP oder der Gewerkschaften ist auch historisch anders. Man kokettiert dort mit relativen Mehrheiten auf europäischer Ebene, um so nationale Rückständigkeiten zu kompensieren. Man sollte aber nicht den Teufel mit dem Beelzebub austreiben.

Hämmerle: Wir denken keineswegs, dass alles automatisch rund laufen wird, wenn wir im EWR mitmachen. Aber die Probleme sind doch grenzüberschreitend – das bestreitet ihr ja nicht –, also müssen wir sie auch in einem grösseren Rahmen lösen. Und dieser grössere Rahmen ist nun einmal im Moment in Westeuropa das EWR/EG-Projekt, kein anderes. Um etwas zu verändern, sind doch die Möglichkeiten besser, wenn wir es gemeinsam in Europa anpacken als allein im schweizerischen Kontext. Es gibt dazu überhaupt keine Alternative, die Diskussion heute hat es bestätigt.

Leutenegger Oberholzer: Es ist völlig unbestritten, dass der Binnenmarkt ein Wachstumsprojekt ist, es ist aber auch völlig unbestritten, dass es die Schweiz tangieren wird, ob wir mitmachen oder nicht. Es wird ganz massive ökologische Probleme geben, es gibt Konzentrationsprozesse, einen massiven Mehrverkehr – ob wir nun mitmachen oder nicht. Mit dem EWR werden für die Schweiz einfach die Regelungsmöglichkeiten besser werden als im Alleingang. Wenn wir draussen bleiben, werden wir den autonomen Nachvollzug haben, es wird dann einfach punktuell dereguliert, und zwar primär im ökologischen und sozialen Bereich. (An die GegnerInnen) Wie wollt ihr das Wachstum im Alleingang regulieren, ganz konkret?

Darf ich ein Zitat aus der von Zürcher SVP-Kreisen gesponsorten «Pro»-Sondernummer anfügen? «Wenn die Schweiz zum Kampf um das wirtschaftliche Überleben ausserhalb des EWR antritt, dann verträgt es keine Halbheiten mehr. Die Wirtschaftsverträglichkeit muss als oberste Maxime jeglichen staatlichen und gesetzgeberischen Handelns gelten.»

Meier: Wenn wir ökologischere Projekte wollen, dann müssen wir an Ort und Stelle Widerstand leisten. Du kannst beispielsweise ein Nationalstrassenprojekt verhindern und dafür sorgen, dass an seiner Stelle eine Regionalbahn saniert wird.

Hämmerle: Du hast jetzt ein Beispiel ge-

Struktur, die Frauenbewegungen aber nicht. Zudem stellt sich die Frage der Demokratie. Es gilt doch generell: Je höher die Struktur, je transnationaler die Struktur, desto weniger Frauen gibt es.

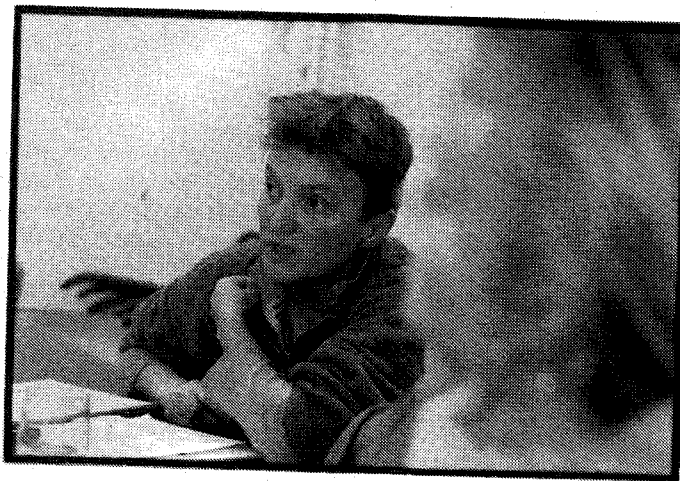
Leutenegger Oberholzer: Wir müssen in Bewegungen arbeiten, wir müssen aber auch in institutionellen Bereichen arbeiten. Wenn wir dort nicht Frauen hineinbringen, wird sich überhaupt nie etwas ändern. Wenn du einerseits sagst, es gebe keine Frauen in den Institutionen, und andererseits sagst, wir brauchen diesen institutionellen Rahmen gar nicht, so ist das ein Zirkelschluss.

Madörin: Nein, ich habe nur gesagt, je höher die Struktur, desto grösser die Wahrscheinlichkeit, dass die Frauen untervertreten sind. Das hat mit einer grundsätzlichen Frage zu tun, welche die Linke nie genügend diskutiert hat: mit dem Verhältnis von Demokratie und Transnationalität der Wirtschaft. Diese Frage ist bis jetzt nur innerhalb der Grünen unter dem Stichwort «Kleinräumigkeit» diskutiert worden. Was das

bringt, das werde von ... auf irgendeine Weise tangiert wird.

Meier: Beispielsweise schafft die grosse Transportlawine, die auf uns zukommt, Sachzwänge für unsere Verkehrspolitik. Das von Bundesrat Ogi ausgehandelte Transitabkommen ist gewiss nicht sehr gut, es ist ein problematisches Abkommen. Aber wenn die Schweiz in irgendwelcher Form bereits integriert gewesen wäre, hätte nicht einmal das Wenige erreicht werden können.

Hämmerle: Du sagst, das Transitabkommen sei nicht sehr gut. Ich würde es deutlicher sagen: Beim Transitabkommen ist ausser dem Ausschluss der 40-Töner, von der Ausnahmeregelung einmal abgesehen, überhaupt gar nichts erreicht worden. Ausser dass die Schweiz sich verpflichtet hat, die Neat selber zu bauen. Wie hätte dieses Abkommen unter Integrationsbedingungen schlechter herauskommen können? Nächstes Jahr kommt die Alpeninitiative zur Abstimmung, mit ihr kann das Volk autonom die Transitpolitik bestimmen. Anders als ein Teiler Propaganda behauptet, liesse sich nämlich



Ist ein Wirtschaftsprojekt, das von der klassischen, männerdominierten Arbeitsgesellschaft ausgeht, eine Perspektive?

Mascha Madörin

Verhältnis von Staat, Demokratie und Transnationalisierung betrifft, so können wir nicht mehr in den bisherigen Kategorien denken.

Meier: Es ist ja nicht Aufgabe des EWR und der EG, die Zusammenarbeit der Grünen oder der autonomen Frauen zu organisieren, das müssen wir selber machen. Die EWR-Frage hat die internationale Debatte unter den Grünen stark gefördert, das stimmt. Gerade weil wir unsicher waren, gingen wir nach Deutschland, nach Österreich, nach Frankreich usw. und haben die

die Alpeninitiative auch unter Integrationsbedingungen verwirklichen.

Madörin: Es geht um eine entscheidungspolitische Frage. Darum, ob man grundsätzliche Änderungen nur durchsetzen kann, wenn man die Entscheide zentralisiert.

Leutenegger Oberholzer: Es gibt Fragen, die man lokal entscheiden muss, wie eine Gemeindestrasse oder die Kehrichtgebühr. Und es gibt Fragen, die man transnational regeln muss. Es gibt immer mehr Probleme, die sich im national-



Um etwas zu verändern, sind doch die Möglichkeiten besser, wenn wir es gemeinsam in Europa anpacken als allein im schweizerischen Kontext.

Andrea Hämmerle

staatlichen Rahmen nicht mehr regeln lassen.
Madörin: Mir ist im Gespräch mit Gruppen aus der BRD aufgefallen, dass alles, was in der EG geregelt wird, für die Bewegungen kein Thema mehr ist. Wir müssen uns genau überlegen, was es politisch für Bewegungen bedeutet, wenn Entscheide auf eine so hohe Ebene verschoben werden.

Die Frage ist: Vermögen Entscheide auf dieser Ebene noch im selben Masse zu mobilisieren?

Leutenegger Oberholzer: Mascha, so global kannst du das nicht sagen. Auf Grund deiner These müsste ich ja vermuten: je höher die Ebene, desto tiefer die Beteiligung. Dann hättest du auf Gemeindeebene die höchste politische Partizipation und auf Bundesebene die schwächste. Die Beteiligung hängt stark von der Fragestellung ab. Nehmen wir die GSoA-Initiative. Sie kam aus einer Bewegung, und keine andere Frage der letzten Jahre hatte eine solche Breitenwirkung, sie wies auch die höchste Stimmbeteiligung auf.

Madörin: Darum geht es doch nicht! Der Unterschied ist, ob das Lobbying entscheidet oder ob es so etwas wie demokratische Entscheidungsprozesse gibt.

Hämmerle: In Graubünden haben wir 213 Gemeinden, die meisten sind sehr klein, alle kennen dort einander. Wie funktioniert die Demokratie in vielen kleinen Gemeinden real? Es sind ein paar ganz wenige, die sagen, wo es langgeht. Die meisten BürgerInnen trauen sich nicht, im Gemeindeforum offen gegen diese Mächtigen aufzutreten oder auch nur zu stimmen. Es gilt keineswegs generell: je tiefer die Ebene, desto de-

Gräben aufgerissen, die EWR-Abstimmung jetzt noch weitere. Nach dem 6. Dezember wird es eine gemeinsame Politik brauchen, darüber gibt es keinen Zweifel. Bei einem Nein wird es eher eine Politik des Widerstandes sein, es ginge dann darum, das Schlimmste zu verhindern. Nach einem Ja gäbe es mehr Handlungsspielraum, um gemeinsam und konstruktiv etwas aufzubauen.

Madörin: Die gleichen Gräben haben sich auch schon bei der IWF/Weltbank-Abstimmung gezeigt. Wenn solche Gräben entstehen, so bedeutet das vielleicht, dass wir nicht mehr in den richtigen Kategorien denken. Passen unsere Analysen noch zur Realität? Was machen diese Differenzen genau aus? Entstehen nicht vielleicht, wie ich glaube, neue soziale Schichten und Klassen? Über diese Fragen müssen wir eine Diskussion führen. Zweitens: Wenn ein Nein durchkommt, dann bin ich froh, dass Leute wie wir das Nein positiv besetzt haben. Wenn ich sehe, was in Frankreich passiert ist, macht mir das Angst. Dort haben überproportional viele BäuerInnen, ArbeiterInnen, Angestellte und Frauen nein gestimmt. Haben wir vielleicht nicht mehr die Sprache und nicht mehr die Gesichtspunkte, die für diesen Teil der Bevölkerung relevant sind? Drittens: Wir müssen die Debatte über diese Fragen öffentlich und möglichst kontrovers führen. Selbstverständlich werden wir vom Frauenrat uns nach dem 6. Dezember mit dem Teil der Frauen der Pro-EWR-Koalition, der uns nahesteht, zusammensetzen. ■

mokratischer der Entscheidungsprozess.

Madörin: Ich habe nicht von Gemeinden, sondern von linken, alternativen, feministischen oppositionellen Bewegungen gesprochen. Mich interessiert, wie es diesen Bewegungen in einem EG-Projekt ergehen wird. Für Bewegungen stellt sich die Frage anders als zum Beispiel für die Gewerkschaften und die SozialdemokratInnen.

Wie weiter nach dem 6. Dezember?

In der EWR/EG-Frage sind Linke, Grüne, Frauen gespalten. In vielen anderen Fragen haben sie auf derselben Seite gekämpft. Wie soll es nach dem 6. Dezember weitergehen? Wird man sich relativ rasch wieder finden, oder droht uns ein schwer überbrückbarer Graben?

Meier: Meine Aufgabe als Co-Präsident einer Gewerkschaftssekktion liegt bereits heute darin, den Schaden zu begrenzen. Wir werden gar nicht darum herkommen, uns zusammenzurufen und in sachpolitischen Fragen wieder zusammenzuarbeiten. Es wird darum gehen, dem Rechtsdrall etwas entgegenzusetzen, und zwar gemeinsam.

Leutenegger Oberholzer: In einem Punkt sind wir uns einig: Die Stärke des Kapitals findet ihren spiegelbildlichen Ausdruck in unserer Schwäche, der Schwäche der Bewegungen und der fortschrittlichen Kräfte. Wir haben seit einem Jahr unproduktive Grabenkämpfe geführt, das ist nicht nur beim EWR so, auch die Neat-Abstimmung spaltete wesentliche Kräfte der Ökologiebewegung. Zu sagen, es sei nichts passiert, wäre meines Erachtens blauäugig. Wenn tatsächlich ein Nein zum EWR durchkommt, und das wäre ein Nein unter Führung der ganz Rechten, dann wird die Diskussion unter den linken und fortschrittlichen Kräften sehr, sehr schwierig werden. Das zweite grosse Problem ist der Graben zwischen der französischen und der deutschen Schweiz. Und das dritte Problem ist, dass durch den Anti-EWR-Abstimmungskampf der Rechten der Rassismus und der Fremdenhass in der Schweiz massiv geschürt worden ist. Wir werden sehr viel Reparaturarbeit leisten müssen.

Hämmerle: Die Neat-Abstimmung hat viele

Welches Europa?

Die Schweiz

und die EG.

Eine Dokumentation

der WoZ.

Mit Beiträgen von:

Res Strehle, Urs Meile,
Karl-Markus Gauss, Lothar Baier,
Peter Hug, Reinhard Wolff,
Hannes Hofbauer, Peter Bichsel,
Fred M. Murer, Laure Wyss,
Isolde Schaad, Lucius Burckhardt,
Niklaus Meienberg, Arnold Künzli,
Eveline Hasler, Harald Szeemann,
Hans Schächli, Barbara Weyermann,
Peter Moser, Peter Bodenmann,
Bruno Gurtner, Heinzpeter Studer,
Patrick Ziltener, Andreas Gross,
Peter Sigrüst, Adrian Schmid,
Corinne Panchaud, Margrit Geiser,
Stella Jegher, Lotta Suter,
Christoph Keller, Andreas Simmen,
Roger Monnerat, Oskar Scheiben.

Ich bestelleEx. der
Dokumentation «Welches Europa?»
zum Preis von Fr. 15.-/ECU 10.- plus
Portokosten. 94 Seiten.

Vorname: _____

Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

WoZ. Dokus. Postfach, 8059 Zürich